
FDP Hessen

BÖRSENFUSIONSPLÄNE

29.02.2016

Anlässlich der Meldungen zur geplanten Fusion der Londoner und Frankfurter Börse erklärte die Generalsekretärin der FDP Hessen, Bettina STARK-WATZINGER: "Rein marktwirtschaftlich ist es nachvollziehbar, dass die Deutsche Börse eine Fusion mit der London Stock Exchange anstrebt. Allerdings sind Börsen keine „normalen“ Wirtschaftsunternehmen – nicht zuletzt deshalb unterstehen sie der Börsenaufsicht. Daher gilt es hier, auch regulatorische und wirtschaftspolitische Fragen in die Entscheidung miteinzubeziehen. Es ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht nachvollziehbar, warum der Sitz der Börse in London angesiedelt sein soll. Auch wenn das fusionierte Unternehmen anfangs einen deutschen Vorstandsvorsitzenden haben sollte, ist davon auszugehen, dass sich bei einer Londoner Firmenzentrale auch die unternehmenspolitischen Gewichte dorthin verlagern werden. Aus der Perspektive Hessens, Deutschlands und Kontinentaleuropas besteht ein eindeutiges Interesse daran, dass der künftige Firmensitz in Frankfurt sein wird – andernfalls sind erhebliche Nachteile für den Standort Frankfurt, den Finanzplatz Deutschland und die finanzmarktpolitischen Ziele der Euroländer zu befürchten.“

Weiter erklärte Stark-Watzinger:

„Frankfurt ist mit der Europäischen Zentralbank und weiteren Regulierungsbehörden aufsichtsrechtlich der natürliche Sitz für eine europäische Börse. Die Deutsche Börse hat eine höhere Marktbewertung als ihr englischer Fusionspartner. Und schließlich vermeidet man mit dem Standort Frankfurt auch die derzeit unabsehbaren Risiken eines Brexits. Die Entwicklung der letzten Tage erinnert an die geplante Börsenfusion mit der NYSE Euronext im Jahr 2011, die unter Ressortverantwortung des damaligen Wirtschaftsministers Dieter Posch verhindert wurde. Auch damals sollte der Firmensitz der größeren Deutschen Börse ins Ausland, hier nach New York, verlagert werden. Auch jetzt droht wieder eine langjährige Tradition und Expertise in Deutschland verloren zu

gehen."